

Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2018



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Sekretariat des Staatsrats	6
1.1	Stab- und Unterstützungsfunktionen	6
1.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	6
1.1.2	Konferenz der Generalsekretäre	6
1.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	6
1.1.4	Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone	6
1.2	Büro für Information (Bfi)	6
1.2.1	Weiterbildung im Bereich der Information	6
1.2.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	7
1.2.3	Pressespiegel	7
1.2.4	Elektronische Kommunikation	7
1.2.5	Corporate Design	7
1.2.6	Kantonales Führungsorgan (KFO)	7
1.2.7	Wettbewerb Cinécivic	7
1.3	Aussenbeziehungen	8
1.3.1	Interkantonale Zusammenarbeit	8
1.3.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	8
1.4	Imagewerbung für den Kanton Freiburg	9
1.5	Sektor Übersetzung	9
1.5.1	Übersetzung	10
1.5.2	Terminologie	10
1.5.3	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	10
1.5.4	Informatik	10
1.6	Sektor Amtliche Veröffentlichungen	10
1.6.1	Veröffentlichungen	11
1.6.2	Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen	11
1.6.3	Ergänzungswahl in den Staatsrat	11
1.6.4	Einbürgerungsdokumente	11
1.6.5	Besondere Tätigkeit	12
1.7	Sektor politische Rechte	12
1.7.1	Urnengänge und Verfahren	12
1.7.2	Abstimmungen	13

1.7.3	Wahlen	13
1.7.4	Ausübung der Volksrechte	14
1.8	Informatikprojekte (SIP)	14
1.9	E-Government-Sekretariat	14
1.9.1	Virtueller E-Government-Schalter	14
1.9.2	Grunddienste	15
1.9.3	Dienstleistungen	15
1.9.4	E-Government-Kommission (EGovK)	15
1.9.5	Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit	16
1.10	Kantonales Bezugssystem	16
2	Amt für Gesetzgebung (GeGA)	17
2.1	Tätigkeit	17
2.1.1	Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung	17
2.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	17
2.1.3	Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung	18
2.1.4	Rechtsdienst und Verschiedenes	18
2.2	Besondere Ereignisse	18
2.2.1	Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag	18
2.2.2	Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012–2016	18
3	Amt für Drucksachen und Material (DMA)	18
3.1	Tätigkeit	18
3.2	Sektor Einkauf	19
3.3	Intern ausgeführte Druckarbeiten	19
3.4	Aufgaben vor dem Drucken	20
3.5	Binde- und Digitalisierungsarbeiten	20
3.6	Beschaffung von Büromaterial und Logistik	20
3.7	Schlüsselzahlen 2018	21
4	Staatsarchiv Freiburg (StAF)	21
4.1	Gesetzliche Grundlagen und Organisation	21
4.2	Gebäude	22
4.3	Tätigkeit und Dienstleistungen	22
4.3.1	Informatik und neue Technologien	22
4.3.2	Beziehungen zu archivbildenden Stellen	22
4.3.3	Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek	23
4.3.4	Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten	23
4.3.5	Konservierungsmassnahmen und Restaurierung	23

4.3.6	Dienstleistungen	23
4.3.7	Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten	23
5	Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	24
5.1	Tätigkeit	24
6	Kantonale Ombudsstelle (Omb)	25
6.1	Tätigkeit	25
7	Personalbestand	25

1 Sekretariat des Staatsrats

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel

Vizekanzlerin: Sophie Perrier

Vizekanzler: Marc Valloton

1.1 Stab- und Unterstützungsfunktionen

1.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisiert die Sitzungen und die Veranstaltungen. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 4 des Berichts des Staatsrats.

1.1.2 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, trat 2018 zu 7 Sitzungen zusammen. Neben dem wertvollen Austausch der guten Praxis unter den Direktionen gab die Konferenz nach Diskussionen Stellungnahmen zu folgenden Projekten ab: HR-Politik, Projekt FR-Innov, Prioritätensetzung bei den Informatikprojekten, Informations- und Digitalisierungssysteme und umfangreiche bereichsübergreifende Gegenstände.

1.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

1.1.4 Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone

An der Herbstsession 2017 wurde die Staatskanzlerin in den Vorstand der Schweizerischen Staatsschreiber-Konferenz (SSK) gewählt. Innerhalb des Vorstands wurde sie zur Generalsekretärin der SSK ernannt. Im Verlauf des Jahres nahm sie an fünf Vorstandssitzungen in Bern und in Basel sowie an den beiden Jahrestagungen im Frühling (VS, Siders) und im Herbst (GE, Genf) teil. Sie nahm auch an den beiden Jahrestagungen der Konferenz der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone im Frühling (TI, Bellinzona) und im Herbst (VS, Siders) teil. 2018 behandelten die Staatskanzlerinnen und Staatskanzler hauptsächlich folgende Themen:

- > die Kommunikation der öffentlichen Organe;
- > die politischen Rechte, insbesondere das E-Voting;
- > die Positionierung der Staatsschreiberkonferenz in der öffentlichen Debatte;
- > die Anwendung Abstimmungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird, damit diese die Auszählung der Abstimmungen schweizweit verfolgen kann.

1.2 Büro für Information (Bfi)

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

1.2.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das Bfi hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Es hat namentlich erneut einen Weiterbildungstag in Kommunikation für die Kader des Staates organisiert. An diesem Tag traten vor allem Medienfachleute auf, und das Bfi konnte seine Rolle als «Bindeglied» wahrnehmen. Es lud zudem die Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer neuen Gesprächssitzung mit den Ansprechpersonen für die Information in den Direktionen des Staates ein.

1.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Im Jahr 2018 wurden den Medien rund 320 Mitteilungen zugestellt, und 66 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden organisiert. Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das BfI mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für die Information der Öffentlichkeit in den Direktionen.

1.2.3 Pressespiegel

Das BfI hat auch im letzten Jahr täglich einen Pressespiegel mit den wichtigsten Artikeln, die in den audiovisuellen Medien und in der Presse erschienen sind, zusammengestellt, wie es das seit mehreren Jahren macht. Diese Übersicht richtet sich insbesondere an die höheren Kader des Staates und wird im Intranet veröffentlicht. Dank dem Pressespiegel können sie jeden Tag schnell erkennen, welche Themen aus dem Staat Freiburg von den Medien behandelt werden.

1.2.4 Elektronische Kommunikation

1.2.4.1 Internet und Intranet

Das Jahr 2018 war gekennzeichnet durch das Onlinestellen der neuen Website fr.ch am 31. August. Folgende Ziele wurden verfolgt: eine allzeit einfachere Abfrage der visuellen gewordenen Inhalte auf Tablets und Smartphones, eine Darstellung nach Themen und eine verbesserte Suche. Dazu wurde auf eine neue Content-Management-Software migriert und die Darstellung vollständig überarbeitet. Die Benutzerinnen und Benutzer wurden angehört, und das Design wurde aufgefrischt. Rund 300 Personen haben dabei mitgewirkt. Die Rückmeldungen sind insgesamt positiv, Anpassungen sind aber noch nötig, und die Website wird ständig verbessert. Das BfI hat den Vorsitz des Redaktionskomitees der Website, das jede Woche zusammentritt. Die 80 %-Stelle einer Multimediasspezialistin wurde geschaffen, um das Design für alle Direktionen und Ämter zu entwerfen.

Das BfI wirkte ausserdem eng bei der Migration des neuen übergreifenden Intranets mit; es sollte im Januar 2019 online gestellt werden.

1.2.4.2 Social Media

Das BfI wirkt auch als «Community Manager» für die Social Media, auf denen der Staat präsent ist, nämlich Facebook, Twitter, LinkedIn und YouTube. Die Zahl der Abonnenten nimmt ständig zu (z. B.: Facebook 5722 Follower (4419 im Jahr 2017); LinkedIn 6892 Abonnente (4051 im Jahr 2017)). Der Anteil des Engagements und der Interaktionen nimmt ebenfalls zu.

1.2.5 Corporate Design

Das BfI achtet mit der Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre täglich darauf, dass die mit dem Corporate Design des Staates verbundene Grafikcharta in allen Verwaltungseinheiten, die es anwenden müssen, beachtet und richtig ausgeführt wird.

1.2.6 Kantonales Führungsorgan (KFO)

Der Verantwortliche des BfI und seine Adjunktin arbeiten regelmässig im KFO mit, namentlich in Gruppen, die Überlegungen zur Problematik von Katastrophen anstellen.

1.2.7 Wettbewerb Cinécivic

Das BfI hat die Arbeiten in Zusammenhang mit dem Wettbewerb Cinécivic koordiniert; bei diesem Wettbewerb werden Filme und Plakate, die von Jugendlichen von 10 bis 25 Jahren, die in einem der Partnerkantone wohnen oder die Schule besuchen, realisiert worden sind, ausgezeichnet. Die Filme und Plakate sollen die übrigen Jugendlichen dazu anregen, abstimmen zu gehen. 930 junge Westschweizerinnen und Westschweizer haben sich bei der Ausgabe 2017 des Wettbewerbs angemeldet und 67 Filme, darunter 18 Filme, die von Schulen realisiert wurden, und 286 Plakate eingereicht.

1.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat, damit eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Regierungskonferenzen (KdK, WRK, CLDF, bei welcher der Kanton Freiburg bis 2020 das Präsidium sicherstellt), dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union, gewährleistet ist. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

1.3.1 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

Sieben Jahre nach der Lancierung ist die HRS imstande, Projekte zu entwickeln und sich bei Schlüsselthemen, wie den Infrastrukturen, als erstrangige Gesprächspartnerin zu positionieren. Vor diesem Hintergrund hat die HRS die Mobilität als vordringliches Thema für 2018 gewählt; dabei verfolgt sie wie immer eine Innovationsstrategie. Das Forum 2018 der HRS war deshalb logischerweise der «Smart Mobility» gewidmet. Es wurde am 23. November 2018 in Begleitung von Bundesrätin Doris Leuthard im Podium Düdingen abgehalten. Mit über 230 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und einer bedeutenden finanziellen Unterstützung von verschiedenen Sponsoren entsprach der Anlass weitgehend den Erwartungen. Es räumte auch den Unternehmen der Region Platz ein; sie konnten am Rand dieses Forums ihre Tätigkeiten und Projekte vorstellen. Wie mit der Nahrungsmittelindustrie 2017 bestand das Ziel darin, die Vernetzung der Akteure einer Branche zu fördern, damit geholfen wird, Kompetenznetzwerke, die Projekte anstossen, zu stimulieren.

2018 wurden mit der Mitwirkung des Staates Freiburg und teilweise auch weiterer Freiburger Partner, die Mitglieder der HRS sind (Regionen See, Broye, Sense, Agglo Freiburg und Städte Murten und Estavayer-le-Lac), folgende Projekte eröffnet oder weitergeführt:

- > «Smart Capital Region». Entwicklung von innovativen Projekten mit dem Anspruch, Werkzeuge, die den Erwartungen der Gesellschaften von morgen entsprechen, vorwegzunehmen: Eröffnung der ersten Plusenergiequartiere 2018; Entwicklung von Car-Sharing-Projekten und von solchen der autonomen Mobilität; Zusammenarbeit mit den SBB rund um Mobilitätszentren; Schaffung einer Anwendung zum Anzeigen von Schäden / Sachbeschädigungen an öffentlichen Sachen («Schadenmelder»);
- > Entwicklung von besonderen Wirtschaftspolen um Cluster. Der symbolträchtigste: der Cluster Food & Nutrition, Stärke von Freiburg innerhalb der HRS mit über 100 Mitgliedern;
- > Bei der Zweisprachigkeit hat die HRS zusammen mit dem Forum für die Zweisprachigkeit Biel Projekte für Sprachaustausche entwickelt und unterstützt. Die Tandemsitzungen unter Verwaltungen wurden erfolgreich fortgesetzt. Ein Projekt für einen Tag der Zweisprachigkeit bei der HRS wird geprüft;
- > Die Interessen der HRS werden auf Bundesebene über verschiedene Kanäle vertreten; dazu gehören die Gruppierung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den wichtigsten Mitgliedskantonen (45 Personen) und das Lötschbergkomitee. Dieses hat sich 2018 für die Unterstützung der Interessen der Regionen der HRS in den in STEP eingeschlossenen Eisenbahninfrastrukturprojekten stark gemacht.

1.3.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Die Europapolitik der Schweiz wurde im Jahr 2018 durch die Umsetzung der Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» gekennzeichnet. Der Kanton wirkte im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und über die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an diesem Verfahren mit. Seit dem 1. Juli 2018 müssen die Arbeitgeber die offenen Stellen melden, wenn die Arbeitslosigkeit in ihrer Branche 8 % übersteigt. Die erste Bilanz, die im Kanton gezogen wurde, ist eher zufriedenstellend. Die Zahl der offenen Stellen hat sich verdoppelt, aber auch die Arbeit der

Verwaltung, die sich Sorgen um administrative Schwerfälligkeit macht, hat zugenommen. Die Frage der Kontrollen (sowohl der Zahl als auch der Qualität) verdient noch einige Aufmerksamkeit.

Das andere grosse Dossier ist der Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens mit der Europäischen Union, damit die Erneuerung des bilateralen Wegs lanciert werden kann. Nach Jahren, die durch lange Phasen von technischen Verhandlungen geprägt waren, nahm das Dossier 2018 eine viel politischere Wendung. Flankierende Massnahmen, staatliche Beihilfen, Unionsbürgerschaft: Dem Bundesrat ist es trotz dem europäischen Druck und der grossen Ungeduld von Brüssel nicht gelungen, einen Ausweg aus den politischen Blockaden zu finden. Das Dossier befindet sich jetzt in einer breiten Vernehmlassung, von der niemand weiss, wie sie ausgehen wird. Umso mehr, als in der Schweiz die Wahlkampagne genau in dem Moment beginnt, in dem der Bundesrat das weitere Vorgehen mitteilen sollte (Mai-Juni 2019). Kann die Schweiz auf dem bilateralen Weg weitergehen? 2019 wird das Jahr der Fragezeichen und einer Lage, die selbst von den grössten Optimisten kaum als gemächlich bezeichnet wird.

Der Sicherheits- und Justizdirektor vertritt mit der Unterstützung des Sektors Aussenbeziehungen den Kanton bei den Instanzen der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Bei der Generalversammlung der VRE am 23. und 24. Mai in Lillehammer vertrat der Delegierte für Aussenbeziehungen den Kanton. Das Kulturerbe Freiburgs wurde von einem Mitglied des Jugendrats an der Sommeruniversität der Versammlung der Regionen Europas in Rumänien vorgestellt. Der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor hat den Kanton Freiburg am R20-Gipfel vom 15. Mai in Österreich vertreten. Die Mitwirkung des Kantons an gewissen Projekten der VRE, namentlich beim Programm Eurodyssée, das zum Austausch von mehreren jungen Berufsleuten zwischen dem Kanton Freiburg und den europäischen Regionen führte, wurde ebenfalls fortgesetzt. Schliesslich verbindet eine Zusammenarbeitsvereinbarung im Bereich Wirtschaft und Innovation seit dem 1. Januar 2014 die französische Region Grand-Est (zu der das Elsass gehört) mit dem Kanton Freiburg.

1.4 Imagewerbung für den Kanton Freiburg

Der Verein «Fribourgissima Image Fribourg» wurde im Dezember 2013 auf Anstoss des Staatsrats aus der Taufe gehoben und führt seither erfolgreich die Bekanntheitskampagne «Freiburg macht glücklich». Der Verein besteht aus 14 Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Das Sekretariat des Vereins wird von der Staatskanzlei geführt und leistet die organisatorische und logistische Unterstützung, die es für den Erfolg des Projekts unbedingt braucht: Organisation der Arbeitssitzungen, Koordination der Arbeit, Umsetzung der Entscheide, Buchhaltung und Finanzhaushalt. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin präsidiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm und setzt es um. Der Exekutivausschuss trat 5 Mal zusammen und setzte die Entfaltung der digitalen Kommunikationsstrategie des Projekts und die Verpflichtung des Vereins bei der Schaffung von Projekten und der Durchführung von Anlässen fort. So hat der Verein 2018 an der Freiburger Präsenz am Marché-Concours National de Chevaux von Saingelégier mitgewirkt. Als Ehrengast konnte der Kanton Freiburg sein «macht glücklich» am Wochenende vom 10. bis 12. August 2018 über 55 000 Besucherinnen und Besuchern mitteilen. Die enge Zusammenarbeit mit dem Murten Licht-Festival wurde erneuert, und die beiden Partner haben am Paléo Festival in Nyon ein Projekt gezeigt. Dieses fünfte Tätigkeitsjahr von «Fribourgissima Image Fribourg» war die Gelegenheit, schöne Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig die Austauschplattform um die Bekanntheitskampagne anzureichern. Der Einsatz der Partner und deren Absicht, sich zusammen zu tun, um das Image des Kantons Freiburg zu fördern, nimmt ständig zu und wird immer intensiver. Weitere Einzelheiten zur Tätigkeit finden Sie im Tätigkeitsbericht des Vereins und im Bericht des Staatsrats, Punkt 3.6.2.

1.5 Sektor Übersetzung

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung.

2018 beschäftigte der Sektor eine Praktikantin. Sie leistete wertvolle Mithilfe beim Übersetzen und machte daneben Terminologearbeit.

1.5.1 Übersetzung

2018 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Texte für das E-Government, über das Kantonsspital, das System zur Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV) und die Teilnahme des Kantons Freiburg als Ehrengast am Marché-Concours in Saignelégier. Der kantonale Richtplan Digitalisierung war ein weiterer grosser Text, der übersetzt werden musste. Auch die Tätigkeitsberichte der Bezirks- und Friedensgerichte des französischsprachigen Kantonsteils, die vom Sektor auf Deutsch übersetzt wurden, waren sehr umfangreich. Ferner übersetzte der Sektor den Tätigkeitsbericht von Fribourgissima.

Daneben half der Sektor auch regelmässig den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend oder überlastet waren.

Die Möglichkeit, Texte extern vom Französischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde weniger genützt als im Vorjahr: 32 Aufträge gegenüber 36 im Jahr 2017.

1.5.2 Terminologie

Der Verantwortliche des Sektors führte die Terminologie aus der Freiburger Gesetzgebung für die interne Terminologiedatenbank nach. Auch die Titel der neuen Erlasse wurden in die Datenbank aufgenommen. Sämtliche Titel der Freiburger Erlasse wurden in Form einer Excel-Tabelle zur Aufnahme in die Terminologiedatenbank Termdat an die Bundeskanzlei übermittelt.

Die Praktikantin passte die Terminologie des Bildungswesens an die neuen Gesetze an und begann damit, die Terminologie der Sonderpädagogik zu erfassen.

Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt; dieses Organ hielt 2018 zwei Sitzungen ab.

1.5.3 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Konferenz der Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates Freiburg, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2018 eine Sitzung ab. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2018 behandelte die Konferenz namentlich die Übersetzung der Erlassertexte für die künftige neue BDLF.

Zur Weiterbildung besuchten die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates die Jahrestagung «Equivalences» der ASTTI (Association Suisse des Traducteurs, Terminologues et Interprètes) zum Thema Übersetzung und Künstliche Intelligenz: Gefahr oder Chance? Die Übersetzerinnen und Übersetzer sind seit 2017 Fördermitglied der ASTTI.

1.5.4 Informatik

2018 wurden die Software-Updates zur computerunterstützten Übersetzung (CAT-Tool) wieder regelmässig implementiert.

Die Terminologie des Staates Freiburg steht weiterhin unter der Adresse <http://friterm.fr.ch> im Internet zur Verfügung, und neue Einträge werden einmal im Monat hinzugefügt.

1.6 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung, während der Sektor Übersetzung mit der Kontrolle der deutschen Fassung beauftragt ist. Er ist auch beauftragt, den Berichten des Staatsrats und den Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretsentwürfen vor der Verteilung beim Grossen Rat den letzten Schliff zu verleihen.

Ausserdem sorgt der Sektor dafür, dass die amtlichen Erlasse, die vom Grosse Rat, vom Staatsrat oder von weiteren Behörden verabschiedet wurden, veröffentlicht werden. Jede Woche stellt er die Erlasse, die in der Amtlichen Sammlung veröffentlicht wurden, ins Internet und führt die zusätzlichen Daten zu ihnen nach: Ausübung der Volksrechte, Promulgierung, Inkrafttreten, eidgenössische Genehmigung.

Der Sektor stellte ausserdem die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten sicher. Dazu kommt, in Zusammenarbeit mit der Druckerei, die Verwaltung des Erfassungstools, das den Dienststellen des Staates für die Veröffentlichung ihrer Anzeigen zur Verfügung gestellt wird.

Um für einen guten Ablauf und eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit des Sektors sowohl mit den Direktionen des Staatsrats, dem Sekretariat des Grossen Rates und weiteren Behörden als auch mit den Druckern zu sorgen, erstellt er Zeitpläne.

Schliesslich ist er für die Anwendung des Telefonbuchs der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verantwortlich und ist mit der Nachführung der Daten mehrerer Einheiten beauftragt.

1.6.1 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosse Rat: 18 Gesetze (2017: 16), 19 Dekrete (2017: 13)
- > Staatsrat: 73 Verordnungen (2017: 86), 1 Beschluss (2017: 1), 6 Reglemente (2017: 1) und 1 Tarif (2017: 0)
- > Direktionen und weitere Behörden: 13 Erlasse (2017: 7).

Der Sektor veröffentlichte zudem:

- > Promulgierungsverfügungen zu 24 Erlassen (2017: 13)
- > Mitteilungen zu kantonalem und interkantonalem Recht für 4 Erlasse (2017: 2).

Das sind insgesamt 738 Druckseiten (2017: 533) in der französischen Sammlung und 747 Druckseiten (2017: 539) in der deutschen Sammlung.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosse Rat: 4 Einbürgerungsdekrete (2017: 8)
- > Staatsrat: 23 Beschlüsse (2017: 20).

1.6.2 Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Der Sektor verfasste die französischen und deutschen Versionen der Einberufungsbeschlüsse und der Beschlüsse über die Ergebnisse der kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen, die während des Jahres stattfanden, und veröffentlichte sie im Amtsblatt.

1.6.3 Ergänzungswahl in den Staatsrat

Nach dem Rücktritt eines Mitglieds des Staatsrats gab es eine Ergänzungswahl. Der Sektor hat den Beschluss über das Ergebnis des ersten Wahlgangs und zur Einberufung der Stimmberechtigten für den zweiten Wahlgang und den Beschluss über das Ergebnis des zweiten Wahlgangs verfasst und in beiden Amtssprachen im Amtsblatt veröffentlicht. Er hat auch den Beschluss zur Proklamation der gewählten Person und den Beschluss über die Verteilung der Direktionen des Staatsrats und die Bildung seiner Delegationen erstellt und veröffentlicht.

1.6.4 Einbürgerungsdokumente

Bei den traditionellen offiziellen Empfängen zu Ehren der neuen Bürgerinnen und Bürger erhalten diese ein Einbürgerungsdokument und ein Diplom. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und materiellen Kriterien zu gewährleisten. Im Jahr 2017 betreute der Sektor die Kontrolle und den Druck von 447 Einbürgerungsdokumenten (2017: 519).

1.6.5 Besondere Tätigkeit

1.6.5.1 Wahlen

Der Sektor wirkte beim Verfassen des Beschlusses zur Einberufung der Stimmberechtigten der Gemeinden im provisorischen Perimeter Grossfreiburgs auf Sonntag, 26. November 2017, zur Wahl der Delegierten in die konstituierende Versammlung Grossfreiburgs mit; er verfasste auch ein Dokument mit den verschiedenen Szenarien bei den Ergebnissen dieser Wahl, bevor diese im Amtsblatt veröffentlicht wurden.

Ausserdem bereitete er die französische und die deutsche Version des Beschlusses zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag, 4. März 2018, zur Ergänzungswahl in den Staatsrat vor und veröffentlichte sie im Amtsblatt.

1.6.5.2 Gesetzgebung – Projekt BDLF_ASF XML

Der Sektor leistete weiterhin seinen Beitrag und wirkte aktiv am Projekt BDLF_ASF XML mit, das zum Ziel hat, die derzeitige Anwendung zur Verwaltung der Gesetzgebung durch eine Anwendung, die das Verfassen der Texte im XML-Format ermöglicht, zu ersetzen. Dazu unterstützte er das Amt für Gesetzgebung bei der Kontrolle der Form und der Genauigkeit von 86 Erlassen, die ins Format XML umgewandelt wurden und in die neue Anwendung aufgenommen werden sollen.

1.6.5.3 DRUPAL

Nachdem für das neue Portal des Staates die Content-Management-Plattform DRUPAL gewählt worden war, überarbeitete der Sektor die Website der Amtlichen Veröffentlichungen vollständig, namentlich indem er Seiten zusammenstellte, auf denen die Aufgabe, die Organisation und die Leistungen des Sektors festgehalten wird, und Seiten verfasste, auf denen die amtlichen Veröffentlichungen des Staates Freiburg vorgestellt werden.

1.6.5.4 Staatskalender des Kantons Freiburg

Der Entscheid des Staatsrats, auf die Veröffentlichung des *Staatskalenders des Kantons Freiburg* in Papierform zu verzichten, ist mit der Bedingung versehen, dass die Staatskanzlei dafür sorgt, dass die elektronischen Daten, die den im Staatskalender veröffentlichten Daten entsprechen, gemäss den Richtlinien über die Archivierung dem Staatsarchiv übergeben werden. Damit der Sektor dieser Anforderung entsprechen kann, hat er ein Verfahren zum Sammeln der Daten ausgearbeitet, die dann in die richtige Form gebracht und elektronisch archiviert werden können.

1.6.5.5 Terminologie

Der Sektor leistete einen Beitrag zu den Arbeiten des Sektors Übersetzung, indem er den französischen Teil von 93 terminologischen Einträgen zur obligatorischen Schule kontrollierte.

1.7 Sektor politische Rechte

1.7.1 Urnengänge und Verfahren

Das System für die Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV) wurde im Verlauf des Jahres für die eidgenössischen Wahlen 2019 bedeutend weiterentwickelt. Anpassungen wurden gemacht, damit die Gemeinden an Stelle der Oberämter die Abstimmungsergebnisse direkt erfassen können. Die Empfehlungen, die aus einem Sicherheitsaudit hervorgingen, haben dazu geführt, dass die Authentifizierung von SyGEV verstärkt wurde. Diese Anpassungen wurden am 29. November 2018 in einem allgemeinen Test geprüft; die Ergebnisse waren sehr positiv. Alle eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen und Wahlen können künftig mit diesem System, das auch die Verfahren vor und nach der Abstimmung und sogar die Veröffentlichung der Ergebnisse umfasst, verwaltet werden.

Die Abstimmung im Internet (E-Voting) ist seit November 2016 dank dem System, das von der Schweizerischen Post angeboten wird, möglich geworden. Die Abstimmung im Internet wird bei jedem Urnengang den Auslandschweizerinnen und -schweizern und den Stimmberechtigten der Gemeinde Treyvaux angeboten. Aufgrund der Erfahrung mit der Pilotgemeinde Treyvaux und damit die Arbeiten der Gemeinden erleichtert und deren Qualität

garantiert werden können, wird derzeit eine Anwendung entwickelt. Dieses kantonale Stimmregister wird 2019 betriebsbereit sein.

Der E-Voting-Nutzungsgrad bei den Urnengängen im Jahr 2018:

Datum des Urnengangs	4.03.2018	25.03.2018	10.06.2018	23.09.2018	25.11.2018
Auslandschweizer/in-nen	52,4 %	49,6 %	50,5 %	50,9 %	54,8 %
Treyvaux	37,3 %	35,0 %	36,6 %	31,3 %	34,0 %

Wie eine Studie 2017 bestätigt, stellt E-Voting eine Leistung dar, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Entwicklung der elektronischen Werkzeuge in den öffentlichen Verwaltungen am meisten erwartet wird; 71 % der befragten Personen wünschen, E-Voting benutzen zu können. (Quelle: Untersuchung zur Nationalen Studie über das E-Government 2017, Zielgruppen Bevölkerung und Verwaltung, Demo SCOPE AG).

1.7.2 Abstimmungen

Vier Urnengänge für eidgenössische und kantonale Abstimmungen wurden organisiert.

Am 4. März 2018 haben die Bürgerinnen und Bürger über zwei eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Bundesbeschluss vom 16. Juni 2017 über die neue Finanzordnung 2021;
- > Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren).

Dazu kamen zwei kantonale Vorlagen:

- > Verfassungsinitiative «Transparenz bei der Finanzierung der Politik»;
- > Dekret vom 17. November 2017 über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung und den Ausbau des Kollegiums Heilig Kreuz in Freiburg.

Am 10. Juni 2018 haben die Bürgerinnen und Bürger über zwei eidgenössische Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»;
- > Bundesgesetz vom 29. September 2017 über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS).

Dazu kam eine kantonale Vorlage:

- > Dekret vom 6. Februar 2018 über einen Verpflichtungskredit für den Aus- und Umbau der Kantons- und Universitätsbibliothek Freiburg.

Am 23. September 2018 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über drei eidgenössische Vorlagen ab:

- > Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur «Velo-Initiative», die zurückgezogen wurde);
- > Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»;
- > Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle».

Am 25. November 2018 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über drei eidgenössische Vorlagen ab:

- > Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»;
- > Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»;
- > Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten).

1.7.3 Wahlen

Nach dem Rücktritt von Staatsrätin Marie Garnier auf den 30. April 2018 wurde eine Ergänzungswahl organisiert. Der erste Wahlgang fand am 4. März und der zweite am 25. März 2018 statt. Didier Castella wurde im zweiten Wahlgang gewählt.

Aufgrund von Rücktritten wurden zahlreiche Ergänzungswahlen in die Exekutiven und die Legislativen der Gemeinden nötig.

Die genauen Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen können im Internet unter folgender Adresse eingesehen werden: <https://www.fr.wabsys.ch/fr-wabsys-public/de/abstimmung>.

1.7.4 Ausübung der Volksrechte

2018 wurde keine Initiative eingereicht. Hingegen kam der Volkswillen in Form einer Ankündigung eines Referendumsbegehrens zum Ausdruck:

- > 29. November 2018: Ankündigung des Referendumsbegehrens des Freiburger Gewerkschaftsbunds (FGB) gegen das Gesetz vom 9. Oktober 2018 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Öffnungszeiten der Geschäfte am Samstag).

Bei der Staatskanzlei wurden fünf Petitionen eingereicht:

- > 8. Juni 2018: VCS-Petition gegen Lärm (8846 Unterschriften aus der ganzen Schweiz);
- > 28. August 2018: Petition des Verbands des Personals öffentlicher Dienste – Region Freiburg «Für die Aufhebung jeglicher Beurteilung, die zum Leistungslohn führt – Perséval – Enséval»;
- > 9. Oktober 2018: Petition der «Association des riverains de la rive du lac de Neuchâtel et du lac de Morat» (ARSUD) «Zur Rettung der Chalets am Südufer des Neuenburgersees» (11 342 Unterschriften);
- > 8. November 2018: Petition des Groupe Alliance Socialistes et Sympathisants «Für den Weiterbetrieb des Bahnhofs Rosé» (712 Unterschriften);
- > 9. November 2018: Petition der Gruppe Coordin'action Fribourg Solidaire «Nein zu Ausschaffungen nach Äthiopien und Eritrea!» (2374 Unterschriften).

1.8 Informatikprojekte (SIP)

Der Sektor Informatikprojekte (SIP) hat intensiv bei der Fortsetzung der Entwicklung von E-Voting mitgewirkt. Die Vorbereitungsarbeiten für ein Information-Security-Management-System (ISMS) auf der Grundlage der ISO-Norm 27001:2013 haben begonnen; das Ziel ist eine amtliche Zertifizierung. Diese bildet die *conditio sine qua non*, um vom Bundesrat die Bewilligung zur Ausdehnung des E-Voting auf 50 % der Freiburger Wählerschaft zu erhalten. Ausserdem hat der Bundesrat dem Staat Freiburg eine allgemeine Bewilligung zur Durchführung von E-Voting-Versuchen für 30 % der Wählerschaft in den Jahren 2019 und 2020 erteilt. Seit dem Monat September werden die Stimmrechtsausweise für das E-Voting beim DMA gedruckt.

Ausserdem haben die Arbeiten zur Migration zu einer bedeutenden Nachführung der Geschäftsverkehreanwendung des Staatsrats (AXIOMA) zur Inbetriebnahme dieser Anwendung am Jahresende geführt.

Der SIP stellt den Support für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates für folgende Anwendungen sicher: Axioma, GesCom und ATE/ATI.

1.9 E-Government-Sekretariat

Die Aufgabe, die der Staatsrat in der Strategie vom Dezember 2014 dem E-Government-Sekretariat gab, besteht darin, den Zugang zu den Leistungen zu modernisieren und die Investitionen beim Staat zu teilen. Mit dieser Strategie wird der Tatsache, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft ihre wichtigen Geschäfte mit den Behörden dank den Informations- und Kommunikationstechnologien auf elektronischem Weg behandeln können müssen, konkret Rechnung getragen.

1.9.1 Virtueller E-Government-Schalter

Dieses Jahr wurde eine neue Version des virtuellen Schalters produktiv gesetzt. Mit dieser Entwicklung werden technologische Verbesserungen, aber auch das Englische neben dem Französischen und dem Deutschen eingeführt. Damit wird die Lancierung von Dienstleistungen für die Bevölkerung, die am 12. Oktober den Anlass für eine Medienkonferenz bildete, konkret; über den Anlass wurde unter anderem auch in der *Télé Vaud-Fribourg* berichtet. Die kommenden Entwicklungen für 2019 konzentrieren sich auf die Bereiche Benutzererfahrung und Grunddienste des E-Governments.

1.9.2 Grunddienste

Die Grunddienste bilden die nötigen Grundlagen für die E-Government-Leistungen. Diese Grundbausteine sind nötig für die Entwicklung des E-Governments und wurden in Zusammenarbeit mit der EGovK definiert. Ein Teil der Dienste wurde schon im Verlauf von 2018 geschaffen, nämlich:

- > das Identifizierungsbüro, dank dem man sich vergewissern kann, dass die virtuelle Person auch wirklich der natürlichen Person entspricht;
- > E-Payment, mit dem Zahlungen online per Kreditkarte und Twint geleistet werden können;
- > und die Kontrolle der Echtheit der Dokumente, mit dem einfach kontrolliert werden kann, ob ein Dokument nicht gefälscht wurde, nachdem es von einer Dienststelle des Staates ausgegeben worden war. Mit diesem Dienst kann das Vertrauen in das Digitale namentlich bei den Instanzen, die Empfänger amtlicher Dokumente sind, verstärkt werden;
- > weitere Grunddienste werden 2019 folgen; dazu gehören das Scannen von Dokumenten über das Smartphone und das Bürger-Dashboard, mit dem die laufenden Schritte beim Staat zentral verfolgt werden können.

Das E-Government-Sekretariat und der Sektor Digitales des ITA haben 2018 für das Projekt Simple eSign auch eine neue Finanzierung eines Innovationsprojekts durch E-Government Schweiz errungen. Dieses Projekt hat den Anspruch, die juristisch gültige Unterschrift oder qualifizierte Unterschrift eines elektronischen Dokuments so einfach zu machen wie eine Online-Zahlung. Dieser künftige Grunddienst stiess auf grosses Interesse bei der eGov-Gruppe der Staatsschreiberkonferenz, der alle Kantone der Schweiz angehören.

Im Rahmen der Umsetzung der künftigen nationalen E-Government-Strategie 2020-2024 stiessen dieselben Diskussionen und Konzepte landesweit auf ein Echo beim Unternehmensarchitekt des Bundes und bei E-Government Schweiz, das dieses Thema der nächsten Strategie anfügen wird.

1.9.3 Dienstleistungen

Bei den Dienstleistungen wurden die elektronischen Gehaltsabrechnungen phasenweise für alle 19 000 Angestellten eingeführt. Eine Dienstleistung zur Bekanntgabe von Informationen zu den Staatsweinen, die Auszüge aus dem Betreibungsregister und aus dem Handelsregister sind derzeit für die Bevölkerung und die Wirtschaft verfügbar. Das Fischereipatent mit kurzer Geltungsdauer ist für die nächste Fischereisaison auch bereit. Mit all diesen Dienstleistungen konnte ein grosser Teil der Grundlagen der Technologieplattform, die es für das E-Government für die kommenden Jahre braucht, geschaffen werden.

Das E-Government-Sekretariat und der Sektor Digitales hatten auch die Möglichkeit, ihre Arbeit an einem Anlass, der am 5. Oktober vom ITA organisiert wurde, vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit wurden eine Demonstration einer künftigen Dienstleistung und eine Umfrage zu den am meisten nachgefragten Dienstleistungen realisiert.

1.9.4 E-Government-Kommission (EGovK)

Die EGovK hielt 2018 drei Sitzungen ab. Sie bestätigte die gewählten Ausrichtungen bei der Technologie im Rahmen des E-Government-Schalters. Damit der Bevölkerung ein kohärentes System vorgestellt werden kann, wurde die Differenzierung zwischen dem informativen Teil für fr.ch und dem transaktionellen Teil für den virtuellen Schalter bestätigt.

Sie hat die Grunddienste des E-Government (Identifizierungsbüro, ePayment, Kontrolle der Echtheit der Dokumente, Simple eSign, Scannen von Dokumenten über das Smartphone und Bürger-Dashboard) festgehalten. In diesem Rahmen möchte sie, dass das Online-Zahlungsmodul, das für den Schalter geschaffen wurde, für alle künftigen Dienstleistungen des Staates zur Verfügung steht. Sie wünschte ausserdem, dass Twint in die vom Staat anerkannten Zahlungsmittel aufgenommen wird.

Die Kommission begrüsst die Schaffung folgender Dienstleistungen für 2018:

- > Mitteilungen der Weine des Staates Freiburg;
- > Betreibungsregisterauszug;
- > Handelsregisterauszug;

> Fischereipatent mit kurzer Geltungsdauer.

Sie hat das Prinzip der Priorisierung für zu digitalisierende Leistungen und die Roadmap für die Dienstleistungen 2019 bestätigt und mit der Prüfung der Dienstleistungen für 2020 und des Finanzplans bis 2023 begonnen.

Im Rahmen der kantonalen und interkantonalen Zusammenarbeit hat sie vom laufenden Vorgehen mit den Gemeinden und den positiven Entwicklungen im Verband iGovPortal.ch, der seit Januar 2019 ein Mitglied mehr, nämlich den Kanton Solothurn, zählt, Kenntnis genommen. Sie hat zur Kenntnis genommen, dass der Kanton Basel Landschaft im letzten Quartal des Jahres um eine Vorstellung der Lösung ersucht hat.

1.9.5 Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit im Kanton entwickelt sich gut. Eine Zusammenarbeit mit dem Freiburger Gemeindeverband, mit der die Kräfte für die Digitalisierung vereint werden sollen, wurde im Verlauf des Jahres 2018 begonnen. Dieser Schritt dürfte dem Kanton und den Gemeinden Skaleneffekte bringen, wenn sie ihre Kräfte bündeln. Welche Form diese Zusammenarbeit schliesslich hat und welche Dienstleistungen geschaffen werden, wird 2019 festgelegt.

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit, namentlich beim Verein iGovPortal.ch, konnte das E-Government-Sekretariat mit verschiedenen Begegnungen auf Landesebene neue Kantone für die Freiburger Lösung interessieren. In Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Vereins und dem Informatikamt des Kantons Jura führten die Gespräche zum Beitritt des Kantons Solothurn auf den 1. Januar 2019.

Ein externes Audit der Benutzererfahrung der Lösung iGovPortal wurde durchgeführt; mit ihm konnte aufgezeigt werden, wo wir im Vergleich mit nationalen und internationalen Bezugspunkten stehen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die Auditoren dahingehend geäussert haben, dass sie «eher selten ein Audit einer so gut gemachten Plattform durchgeführt haben». Sie haben auch einige Hinweise für Verbesserungen gegeben, die in die kommenden Versionen integriert werden.

1.10 Kantonales Bezugssystem

Die Staatskanzlei hat 2018 aktiv an der Bestimmung der Bedürfnisse und der nötigen Voraussetzungen für die Schaffung des kantonalen Bezugssystems, namentlich bei der Ausarbeitung der Programmaufträge und der damit verbundenen Projekte, mitgewirkt. Dieses Werkzeug hat den Zweck, in einem kantonalen Register allgemeine Daten zu verwalten, mit denen Personen und Organisationen in Verbindung mit dem Staat identifiziert, erfasst, lokalisiert, kontaktiert oder vertreten werden sollen. Sie stammen aus verschiedenen Quellen und werden heute redundant in verschiedenen Teilregistern angelegt und bearbeitet.

Dieses entstehende Verzeichnis (natürliche Personen, Unternehmen und Anstalten, Bezugsdaten, die geteilt werden können, und Namenverzeichnisse) führt zu einer einheitlichen und qualifizierten Informationsquelle beim Staat Freiburg. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Sicherheit, dass die Informationen im kantonalen Bezugssystem über sie reaktiv aufbewahrt und innerhalb der Freiburger Verwaltung unter Beachtung der Gesetze und der erteilten Bewilligungen geteilt werden.

In Absprache mit dem ITA und den entsprechenden Verwaltungseinheiten, die in erster Linie vom künftigen Teilen von gewissen Daten betroffen sind, koordinierte die Staatskanzlei Analysen und führte sie durch, schlug Pilotpartner vor und integrierte sie und begann mit dem Mitaufbau der künftigen Verfahren. So wurden in gegenseitiger Abstimmung Anforderungen aufgestellt und gesetzliche Bestimmungen für künftige Bearbeitungen festgelegt.

Die Staatskanzlei unterstützt die Schaffung der strategischen und operationellen Organisationsstruktur der Bezugsdaten. Sie sichert sich eine gute Mitarbeit von verschiedenen Behörden und Organen, die mit der Aufrechterhaltung der Register beauftragt sind. Sie wurden angehört und in die Überlegungen und Schritte einbezogen, die durchgeführt wurden, um sich zu versichern, dass künftig die Verwaltung der Daten auf Kantonsebene besser abgestimmt wird. So steht der Sockelbestand der evolutiven Bezugsdaten für die Verwaltung und den Staat zur Verfügung, und die Interoperabilität zwischen den Informationssystemen wird erleichtert. In der Pilotphase wird deshalb eine neue Organisation vorgeschlagen, um die Verwaltung und Kontrolle der Daten gemäss dem Gesetz über den E-Government-Schalter des Staates sicherzustellen.

Das Bestreben nach Datenschutz bleibt schliesslich und war eine grössere Sorge bei allen Tätigkeiten. Die Kantonsbehörden, die mit diesen Fragen beauftragt sind, wurden angehört und konnten bei allen Problemen, die ihnen im Zusammenhang mit der Gesetzeskonformität der Bearbeitung und der geplanten Nutzung des kantonalen Bezugssystems unterbreitet worden waren, mithelfen. Eine Verordnung über Versuche, die sich auf Artikel 21 E-GovSchG stützt, wird derzeit ausgearbeitet, damit ab 2019 die geplanten Realisationen möglich werden. Die Staatskanzlei wird ausserdem eine besondere Struktur zur Behandlung der Rahmenbedingungen und Probleme des Bezugssystems in ihr Organigramm aufnehmen.

2 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: André Schoenenweid

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Zur Förderung der Einheitlichkeit und der Qualität der freiburgischen Gesetzgebung hat das GeGA:

- > rund 50 Erlassentwürfe geprüft und seine Bemerkungen sowie gegebenenfalls ausgearbeitete Vorschläge den zuständigen Direktionen mitgeteilt;
- > in verschiedenen Arbeitsgruppen an der Ausarbeitung von Erlassen mitgewirkt;
- > den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe gegeben.

2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA hat die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) 12 Mal in beiden Amtssprachen nachgeführt. Zudem ist die französische Version der BDLF dreimal in einer Applikation der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält. Jedoch wird dieser Dienst verschwinden, da die Genfer Behörden entschieden haben, diese interkantonale Applikation Ende 2018 aufzugeben.

Gleichzeitig hat das GeGA seine Arbeiten zur Erneuerung der Informatikanwendung zum Betrieb der BDLF und zur Gewährleistung des Vorrangs der elektronischen Version der Gesetzessammlung fortgesetzt, wobei entscheidende Fortschritte erzielt wurden. Die SGF-Erlasse wurden im neuen Format publiziert und die Vorbereitung zur Veröffentlichung der ASF in der BDLF abgeschlossen. Zudem wurde die Darstellung der BDLF-Website mit neuen Funktionen ausgestattet (adaptives Design, schnelle HTML-Anzeige, Verbesserung der barrierefreien Anzeige, parallele Anzeige beider Sprachen, Vergleich der Versionen, vollständige Änderungstabelle am Schluss des Erlasses usw.). Schliesslich wurde die Revision der Gesetzgebung zur Veröffentlichung von Erlassen mit der Annahme des neuen Reglements, das am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist, und dem definitiven Verzicht auf den Druck der beiden Gesetzessammlungen abgeschlossen. Die nächste Arbeitsphase wird nicht nur die Verbreitung der Gesetzgebung betreffen: Sie wird über die Redaktion von Erlassen hinausgehen, erhebliche Auswirkung auf den Arbeitsprozess haben und die Beteiligung der Direktionen erfordern, die letztendlich ihre Entwürfe direkt in die neue Applikation eingeben werden. Eine Informationssitzung für das Personal der Direktionen hat rund sechzig Personen zusammengebracht; sie hat positives Feedback erhalten, wie zum Beispiel die ersten Einträge, die von den Pilotbenutzern und -benutzerinnen getätigt wurden.

Das GeGA gab regelmässig Auskunft zu Gesetzgebungsfragen und darüber, wie man im Internet gezielt in der freiburgischen Gesetzgebung und den Vorbereitungsarbeiten recherchiert.

2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Das GeGA wirkt regelmässig an der Umsetzung des Gesetzes über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) mit, indem es in diesem Bereich verschiedene Gutachten abgibt. Zudem beteiligte es sich sehr aktiv an den ersten Vorbereitungsarbeiten zur Revision der Datenschutzgesetzgebung.

Das GeGA hat zudem einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Gesetzes über die Archivierung und das Staatsarchiv (ArchG) geleistet, hauptsächlich im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Ausführungsreglements (ArchR, dessen Entwurf zurzeit in die endgültige Fassung gebracht wird).

Bei den rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Einrichtung des E-Government-Schalters arbeitet es eng mit dem E-Government-Sekretariat zusammen. Es wirkt in der interkantonalen Arbeitsgruppe der Juristen, die für das E-Government arbeiten, mit.

Zudem leitet es bestimmte Arbeiten zur Umsetzung von Entwürfen im Zusammenhang mit dem Konzept der Verwaltung 4.0, insbesondere zu den Rechtsgrundlagen zur Sicherheit der Personendaten.

2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste verschiedene Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung. Es unterstützte die verschiedenen Sektoren der Staatskanzlei bei Rechtsfragen, insbesondere im Bereich der Ausübung der politischen Rechte und der amtlichen Veröffentlichungen.

Das GeGA hat an der Vorbereitung der Antworten auf einige Vernehmlassungen des Bundes und der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) mitgewirkt; ebenso hat es Antworten auf kantonale parlamentarische Vorstösse vorbereitet.

Es ist durch seinen stellvertretenden Vorsteher im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Es erstellt ausserdem die verschiedenen nachgeführten Mehrjahresregister, die im Internet veröffentlicht werden.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA leitet die Vorarbeiten zur Annahme der gesetzgeberischen und praktischen Massnahmen, die wegen der Änderung der Wappenschutzgesetzgebung des Bundes nötig geworden sind.

Soweit es seine Auslastung erlaubte, übernahm das GeGA für überlastete oder mit Gesetzgebungsarbeiten wenig vertraute Verwaltungseinheiten gewisse Vorarbeiten oder die Abfassung von Entwürfen.

2.2.2 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2012–2016

Das GeGA führt eine Aufstellung der Rechtsetzungsvorhaben (Gesetze) der Legislaturperiode und stellt jedes Jahr für den Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Verwirklichung der im Regierungsprogramm aufgeführten Rechtsetzungsvorhaben zusammen.

3 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Vorsteher: Gilbert Fasel

3.1 Tätigkeit

Das DMA ist verantwortlich für die Versorgung aller Dienststellen des Staates mit Verbrauchsmaterial, administrativem und technischem Büromaterial, Büroapparaten und Drucksachen. Es ist beauftragt, mit den eigenen Infrastrukturen Druckvorbereitungs-, Druck-, Binde- und Digitalisierungsarbeiten auszuführen. Das Amt bietet seine

Anschaffungs-, Logistik- und Verwaltungsdienstleistungen für Drucksachen auch den Einrichtungen, die vom Staat subventioniert werden, an.

3.2 Sektor Einkauf

Gegenüber dem Vorjahr blieb der Umsatz des Amtes stabil. Es wurden Anschaffungen für einen Gesamtbetrag von 5 263 329 Franken getätigt. Die Zahl der Bestellungen nahm um 8 % (1687 Stück gegenüber 1559 im Jahr 2017) zu. In diesen Zahlen sind alles Büromaterial und die Druckaufträge, die an Freiburger Druckereien vergeben wurden, enthalten. Die Preisniveaus der wichtigsten Produkte (Papier, Couverts, Ordner, Verbrauchsmaterial, Bürogeräte usw.) sind stabil geblieben. Die Anschaffungen wurden hauptsächlich bei örtlichen Unternehmen oder in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Lehrmittelverwaltung, die an der gleichen Adresse ansässig ist, getätigt. Mit der zentralen Anschaffung können die Volumen zusammengelegt und Zeit gespart werden, weil die Dienststellen nicht nach Lieferanten suchen und Bestellungen aufgeben müssen. Ausserdem stellt ein Standardverfahren sicher, dass die Weisungen zum öffentlichen Beschaffungswesen beachtet werden. Die Rahmenverträge über die Lieferung von Couverts, Papier und Ordnern wurden angepasst.

Das Projekt ODP, Optimierung des Druckerparks, wurde in hoher Kadenz weitergeführt. Mit der Bestätigung der Entscheidungsstufe II «Identifizierung und Beseitigung der letzten technischen Hindernisse» konnte mit dem 2. Los der Ausschreibung begonnen werden. So wurden rund hundert zusätzliche Einrichtungen installiert.

Das Amt hat an verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt: namentlich im Steuerungsausschuss der nachhaltigen Entwicklung, der eine neue Strategie ausgearbeitet und die Schwerpunkte für die nächsten Jahre gewählt hat. Es hat auch aktiv an der Überlegung zur Vereinheitlichung des IKT-Materials (Informations- und Kommunikationstechnologien) beim Staat mitgewirkt; dazu hat es mit dem Zentrum Fritic, dem ITA, dem HBA und Vertretern der allgemeinbildenden und der berufsbildenden Sekundarstufe 2 zusammengearbeitet.

Die Einkaufsabteilung hat 419 Paletten Papier für die ganze Verwaltung, die Sekundarstufe 2 und die Freiburger Einrichtungen der Fachhochschule bestellt. Trotz den Anreizen, den Verbrauch dieses Materials zu senken, nahm die Nachfrage zu. Gegenüber dem Jahr 2017 sind das 32 Paletten mehr. Das verbrauchte Papier ist zu 100 % recycelt. Es hat das Label «Ange bleu/Blauer Engel». Dieses Label garantiert unter anderem, dass die Papierfasern nur von Altpapier stammen und gewisse Chemikalien, wie Chlor, optische Aufheller und krebserzeugende Produkte, beim Herstellungsverfahren nicht verwendet werden.

Derzeit ist das Amt für drei Lernende in den Bereichen Druckerei, Logistik und Buchbinderei verantwortlich. Diese verantwortungsvolle Betreuung ist auch für die Auszubildenden dankbar.

3.3 Intern ausgeführte Druckerarbeiten

Als Druckspezialistin hat die Druckerei die wichtigsten Dokumente für alle Direktionen, den Grossen Rat und die Berufsfach- und anderen Schulen (mit Ausnahme der Primarschulen) hergestellt. Zu Beginn des Jahres wurde die Ausrüstung für digitalen Farbdruck ersetzt. Einerseits lief der Mietvertrag aus, und andererseits wollte das Amt eine Ausrüstung, mit der die Stimmrechtsausweise für das E-Voting gedruckt werden können. Früher wurden dies Ausweise beim Neuenburger Desktop-Publishing-Zentrum produziert. Für den Druck braucht es eine Bewilligung von der Bundeskanzlei. Nach dem Audit der Anlagen erhielt die Druckerei die nötige Bewilligung. Das Kuvertieren wird von der Kantonalen Steuerverwaltung sichergestellt. Mit dieser zu 100 % freiburgischen Lösung hat man das Verfahren zur Herstellung der Dokumente noch besser im Griff. Beim Ausschreibungsverfahren hat das Amt drei verschiedene Systeme geprüft. Die festen Ziele bestanden darin, den fixen finanziellen Aufwand zu vermindern und über eine grössere Flexibilität bei den Druckmöglichkeiten zu verfügen. Die Firma Xerox erhielt den Auftrag. Die neue Konfiguration ermöglicht auch eine grössere Flexibilität bei der Produktion und eine jährliche Einsparung von rund 70 000 Franken.

Die Druckvolumen haben gegenüber 2017 spürbar zugenommen. Bei den einfarbigen Auflagen wird die grösste Zunahme verzeichnet. Die jährlichen Volumen haben 6,6 Millionen Kopien erreicht, das entspricht einer Zunahme von über 20 %. Die Werkstätte realisierte namentlich die Nachführung des Katalogs der Dienstleistungen «Blitzableiter» für die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV). Die Zahl der intern ausgeführten Aufträge ist stabil geblieben (1482 gegenüber 1419 im Jahr 2017). Wie gewohnt waren die Monate Juli und August sehr arbeitsintensiv.

Die Orientierungsschulen, die technischen und kaufmännischen Berufsfachschulen und die Schulen der Sekundarstufe 2 bestellen beim Amt viele Unterrichtsmaterialien. Für diese Produktionsspitzen braucht es Flexibilität und Einsatz, damit zum Schuljahresbeginn geliefert werden kann. Die Werkstätte ist auch Ausbilderin und begleitet einen Drucktechnologielehrling im ersten Lehrjahr.

3.4 Aufgaben vor dem Drucken

Zu Beginn des Jahres hat der Sektor die traditionellen Tätigkeitsberichte ausgearbeitet, namentlich diejenigen der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz und der Kantonalen Lehrmittelverwaltung. Diese polygrafische Arbeit wird vom Adjunkten des Amtes im Internet erledigt. Er hat auch Broschüren für verschiedene Abstimmungen und die Stimmzettel für Ergänzungswahlen in den Gemeinden produziert. Im zweiten Abschnitt des Jahres brauchte es für die Herstellung der Standardbroschüren zum Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2015 in beiden Sprachen rund hundert Stunden. Diese Dokumente stehen nur online zur Verfügung. Es gibt keine gedruckte Auflage. Diese Gestaltung ist eine Dienstleistung vor allem für Drucksachen mit geringer Auflage und kurzen Fristen für die Herstellung. Mit ihr können intern Karten, Couverts und persönliche Einladungen für die Veranstaltungen des Staates sowie Informationsbulletins des Typs «Newsletter» hergestellt werden. Die Spitäler und verschiedene örtliche Einheiten (IWZ, BBA, PKSPF) nahmen diese Leistung in Anspruch. Die Zeugnisse und die Broschüren für das Konservatorium Freiburg wurden über diese Schiene hergestellt. Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren und die Schulkreise sind für ihre zahlreichen persönlichen Karten an uns gelangt.

3.5 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Die Mehrheit der Arbeiten, die während des Jahres ausgeführt wurden, betrafen die Einheiten der Gerichtsbehörde. Diese Aufgaben umfassen das Zusammenstellen und das Binden von Faszikeln, die von den verschiedenen Behörden geliefert werden. Anders als in anderen Jahren erfüllte die Werkstätte keine Aufträge für die Freiburger Gemeinden und Pfarreien. Sie hat ungefähr 80 Urschriftensammlungen für lokale Notariatspraxen gebunden. Diese haben sehr genaue Anleitungen, wie sie ihre Urkunden archivieren müssen. Derzeit werden die notariellen Urkunden noch immer in Papierform ausgestellt. Die Bibliothek der Hochschule für Sozialarbeit hat dem DMA die Reparatur von rund 30 Büchern übertragen. Für die Stadt Freiburg hat das Amt rund 20 Kästchen zum Schutz der Protokolle des Gemeinderats angefertigt. Die Bindearbeiten für die Beschlüsse 2017 des Staatsrats haben im Verlauf des Jahres begonnen. Die Bände werden demnächst ins Staatsarchiv gebracht. Die Binder haben zahlreiche Anfragen zur Instandstellung von Registern erhalten. Eine kam namentlich von Seiten des Zivilstandsamts, das uns eine Bestellung für die Restaurierung von mehreren hundert Bänden übergab. Rund 20 konnten im Herbst fertiggestellt werden, der Rest wird nach und nach während der kommenden vier Jahre restauriert. Diese Restaurierungstätigkeit hat einen Buchbinder während eines grossen Teils des Jahres beschäftigt, weswegen die Zahl der Bindearbeiten stark zurückging.

Die Digitalisierung für verschiedene Grundbuchämter wurde fortgesetzt. Der Sektor arbeitete hauptsächlich für den Broye-, den See- und den Greyerzbezirk. Die Zahl der gescannten Dokumente beträgt 28 000. Das bedeutet im Vergleich mit dem Jahr 2017 eine Zunahme um mehr als 50 %. Anders als in den anderen Jahren wurden im Berichtszeitraum nur rund 10 Mikrofilme, einige tausend Aufnahmen, hergestellt. Der gewichtigste Nachteil dieser Technik kommt daher, dass die Benutzerin oder der Benutzer ein Lesegerät haben muss, um auf den Inhalt zuzugreifen. Gleichzeitig mit den Aufgaben, die für die Grundbuchämter ausgeführt wurden, fuhr der Sektor mit dem Scannen der imponierenden Sammlung der Brandversicherungsregister des Staatsarchivs weiter. Zu dieser Sammlung gehören über 1400 Register. In ihr werden die Freiburger Gebäude während des Zeitraums 1812 bis 1970 erfasst. Mit den Informationen in diesen Sammlungen (Meter, Materialien, Nutzung) konnten die Eigentümer, deren Güter von einem Brand zerstört wurden, entschädigt werden. Die digitalisierten Bände entsprechen 48 644 Bildern oder rund 630 Bänden.

3.6 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Der Sektor ist verantwortlich für die Anschaffungen, das Lagern und die Verteilung des Büromaterials für alle Dienststellen des Kantons. Die Logistiker haben auch das Material für verschiedene Abstimmungen befördert. Nicht weniger als 7000 Kilometer wurden zurückgelegt, um das bestellte Material zu den Empfängern zu bringen. Der

Transport wird mit einem Fahrzeug, das zusammen mit der Kantonalen Lehrmittelverwaltung benützt wird, ausgeführt; die Lehrmittelverwaltung befindet sich an derselben Adresse wie das DMA. Die Anschaffungen werden im Wesentlichen bei ortsansässigen Unternehmen getätigt. Während des Jahres wurden besondere Anstrengungen unternommen, um die Nachhaltigkeit der Produkte zu verbessern. Artikel, die aus recycelten Materialien bestehen, werden bevorzugt. Die neuen Plastikmappen (LineaVerde) werden in der Schweiz aus 100 % recyceltem Polypropylen hergestellt, sind FSC-zertifiziert und werden ohne Lösungsmittel mit umweltfreundlichem Strom ohne CO₂-Bestandteile hergestellt. Diese Artikel, die hohen Nachhaltigkeitskriterien (100 % recycelte Materialien, mit dem Label Blauer Engel oder Energie Star) entsprechen, wurden mit dem Vermerk «ECO» gekennzeichnet. Diese Auszeichnung sollte die Benutzerinnen und Benutzer dazu anhalten, diesen Typ Artikel zu bevorzugen. Mit der Zeit sollte jede Artikelkategorie eine bedeutende Auswahl mit diesem Vermerk umfassen. Die Sichtbarkeit der Produkte in elektronischen Katalogen wurde spürbar verbessert (Platzierung der Fotos), und eine Rubrik «Neuheiten» wurde eingeführt. Rund 50 veraltete Artikel wurden gelöscht oder durch neuere Produkte ersetzt. Während des Berichtszeitraums wurden 2353 Bestellungen über den Shop DMA-Intranet bearbeitet. Das entspricht einem Betrag von 803 472 Franken. Das jährliche Inventar der Produkte fand Ende November statt. Das Büromateriallager hat einen Wert von rund 219 000 Franken. Der Sektor hat mehrere Praktikantinnen und Praktikanten für eine Schnupperwoche aufgenommen. Um ihre Kompetenzen zu erweitern, hat die Logistiklernende zwei einmonatige Praktika beim HFR und bei der Post gemacht. Sie beendet ihre Ausbildung im Juli 2019.

3.7 Schlüsselzahlen 2018

	2018	2017	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1687	1559	+ 128
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2347	2273	+ 74
Umsatz der Aufträge, die an Unternehmen vergeben wurden (Druck, Beschaffungen, Ausrüstungen)	5 263 329 Franken	5 309 542	- 46 213
Gelagerte, beschaffte und verteilte Produkte	622 Artikel	710	- 88
Interne Produktion			
	2018	2017	Unterschied
Digitaldruck (Format A4 und A3)	6 605 090 Seiten	5 448 049	+ 1 157 041
Bindearbeiten	404 Exemplare:	912	- 508
Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	28 000 Stück	19 000	+ 9000

4 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

4.1 Gesetzliche Grundlagen und Organisation

Die Arbeiten zur Umsetzung des Gesetzes über die Archivierung (ArchG) vom 10. September 2015 wurden 2018 fortgesetzt. Die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Reglements über die Archivierung von 2017 wurden genauestens analysiert, und eine Unterarbeitsgruppe, die aus dem Amt für Gesetzgebung (GeGA) und dem StAF besteht, hat während des ganzen Jahres 2018 die Anpassung des Vorentwurfs erarbeitet. Eine neue, revidierte und vereinfachte Fassung wurde der Staatskanzlei Ende des Jahres 2018 übergeben. Parallel zum Verfassen des Reglements, lancierte das StAF Projekte für Weisungen und für einen Archivierungsleitfaden für die Verwaltungseinheiten.

Der Personalbestand des StAF beträgt 6,6 VZÄ. Dieser Bestand reicht nicht aus, um die Dienstleistungen sicherzustellen, die vom StAF erbracht werden müssen. Dieses konnte 2018 auf die Unterstützung durch Hilfskräfte (Arbeitssuchende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Zivildienstleistende) zählen. Ausserdem arbeitet seit September 2017 eine Mitarbeiterin des Amtes für Drucksachen und Material (DMA) zu 50 % im StAF und übernimmt Digitalisierungsarbeiten. Im Übrigen profitiert das StAF von der Arbeitskraft eines Mitarbeiters (100 %), der vom Amt für Justiz (AJ) angestellt wurde und die Archivierung des Justizwesens sicherstellt, und von einer Mitarbeiterin (90 %), die von der Kantonspolizei angestellt wurde. Diese Arbeiten werden unterstützt mit Ressourcen, die das StAF zur Verfügung stellt (Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Zivildienstleistende).

4.2 Gebäude

Die Lage des StAF zeichnet sich durch eine immer grössere Streuung seiner Depots aus. 2018 verfügte das StAF neben seinem Hauptsitz in Freiburg (Zeughausstrasse 17) über 5 Nebendepots. Diese Streuung führt zu immer mehr Transporten von Archivbeständen und zu immer mehr Fahrten, ganz abgesehen davon, dass das Risiko von Sicherheitsalarmen an unbewachten Standorten erhöht ist. Am Hauptsitz wurde damit begonnen, die Bestände des alten Archivs und der Preziositäten an besser geeignete und geschützte Standorte zu überführen.

Die Fortsetzung des Projekts für das «interinstitutionelle kantonale Lager für Kulturgüter» (SIC) sollte es ermöglichen, die Zahl der Depots zu verringern. Nach der Aufgabe der Standorte in Schmitten und Domdidier (Juni 2017 und September 2018) werden weitere Standorte geprüft.

4.3 Tätigkeit und Dienstleistungen

4.3.1 Informatik und neue Technologien

Die erste Hälfte des Jahres 2018 war vor allem der Erneuerung des Webauftritts des Staates gewidmet. Es mussten ungefähr 160 Seiten der alten Website des StAF und deren Inhalt angepasst werden, um mit dem neuen System kompatibel zu sein. Der Wechsel konnte erfolgreich vollzogen werden.

Die systematischen Digitalisierungsarbeiten von Dokumentenserien wurden fortgeführt und intensiviert, dank der Arbeit einer Mitarbeiterin des DMA, die dem StAF zur Verfügung gestellt wurde. Die wichtigsten Arbeiten wurden in den Beständen des Amtes für Vermessung und Geomatik (Katasterpläne) und der Kantonalen Gebäudeversicherung (Brandkataster) durchgeführt. Die Benutzerinnen und Benutzer des Staatsarchivs können nun gegen 100 000 Bilder auf einem Bildschirm im Lesesaal konsultieren. In den nächsten Jahren wird es vor allem darum gehen, diese Bilder den Forscherinnen und Forschern online zugänglich zu machen (virtueller Lesesaal).

Die Strategie des Staatsrats, entschlossen in Richtung einer Verwaltung 4.0 zu gehen, hat weitreichende Konsequenzen für die Archivierung. Die Vorbereitungsarbeiten des StAF für die digitale Langzeitarchivierung wurden 2018 fortgesetzt mit der Erarbeitung eines Pflichtenhefts für eine digitale Archivierungslösung und der Analyse der Beurteilungs- und Gewichtungskriterien für die Auswahl einer solchen Lösung. Gleichzeitig wurden Amtsstellen oder Institutionen kontaktiert, die in der Schweiz bereits verschiedene Lösungen einsetzen. 2019 kommt es zur Wahl einer Lösung und zum Beginn der Inbetriebnahme mit der Umsetzung von Pilotprojekten.

4.3.2 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

35 (41 im Jahr 2017) Dienststellen der Verwaltung wurden besucht, das ergab 69 (106 im Jahr 2017) Besuche und Arbeitssitzungen. Auch 31 (31 im Jahr 2017) andere Institutionen liessen sich vom StAF beraten (43 Sitzungen oder Besuche). Bei der Staatsverwaltung wurden 2018 die ersten Projekte zur Erstellung von Klassierungs- und Verwaltungsplänen fortgesetzt. Im Justizwesen war das Jahr geprägt von gemeinsamen Überlegungen zur Konservierung der Beistandschaftsdossiers mit den Friedensgerichten und den Beistandschaftsämtern der Gemeinden. Ein Projekt mit Empfehlungen zum Thema befindet sich in der eingeschränkten Vernehmlassung.

4.3.3 Zunahme der Archivbestände und bei der Bibliothek

Die Bestände des StAF wuchsen um 154 Laufmeter (Lm), davon stammten 63 Lm von Dienststellen des Staates und 91 Lm von andern Körperschaften oder Privaten. Eine grosse Zahl von Ablieferungen aus dem Bereich des Staates musste wegen des fehlenden Lagerplatzes auf später verschoben werden. Die Gesamtheit der aufbewahrten Bestände des StAF beträgt insgesamt 15 936 Lm. Die Bibliothek wurde um 322 Titel erweitert (333 im Jahr 2017).

Zunahme der Bestände, die im StAF aufbewahrt werden, in Laufmetern:

Herkunft	2018	2017	2016
Staat Freiburg	63,00	361,20	256,75
Andere Körperschaften und Privatpersonen	91,00	120,68	19,72
Total	154,00	481,82	276,47

4.3.4 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Das StAF hat die Inventare von 23 Archivbeständen und Ablieferungen vollständig erstellt und in die Datenbank integriert. Zu den wichtigen laufenden Arbeiten zählen die Klassierung der Bestände des Departements des Innern, der Baudirektion, der Kantonspolizei, der Instanzen des Justizwesens sowie von historischen Beständen wie denjenigen des Augustinerklosters Freiburg, der Abtei Hauterive, der Landvogtei Greyerz, des Familienarchivs Praroman und des Archivs von Pierre de Zurich.

4.3.5 Konservierungsmassnahmen und Restaurierung

19 Dokumente der Bestände der Augustiner und aus Hauterive (13 – 17. Jh.) wurden restauriert sowie 2 Thurnrodel des 16. und 18. Jh., 2 Pläne des Grenzverlaufs des Kartäuserklosters Part-Dieu (1637 und 1744), 2 Archivinventare aus der Mitte des 19. Jh. und 6 Pläne des Tiefbauamtes aus dem 19. Jh.

4.3.6 Dienstleistungen

9555 (10 520 im Jahr 2017) Dokumente und Dossiers wurden von 616 (619 im Jahr 2017) Benutzerinnen und Benutzern konsultiert, was 2107 (2274 im Jahr 2017) Tagessätzen entspricht. Das StAF übermittelte 612 (586 im Jahr 2017) Dossiers an die Gerichte und Dienststellen der Verwaltung.

Das StAF hat 17 (16 im Jahr 2017) Führungen für 215 (260 im Jahr 2017) Personen durchgeführt. Es wurden mehrere historische Dokumente für Ausstellungen in Freiburg, Valmaggia (TI) und Jegenstorf (BE) ausgeliehen.

2018 war ein besonders anspruchsvolles Jahr, was die Nachforschungen für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 angeht. 155 neue Anfragen erhielt das StAF 2018, diese kommen zu den 272 Anfragen hinzu, welche von 2013 bis 2017 registriert wurden. Das StAF funktioniert weiterhin als Koordinationsstelle für die Nachforschungen auf Kantonsebene (Koordination mit den Gemeinden und den betreffenden Institutionen). Im Bereich der Nachforschungen zu den administrativen Versorgungen vor 1981 empfing das StAF am 26. September 2018 die Unabhängige Expertenkommission des Bundes, die sich mit der Unterstützung der Forscherinnen und Forscher durch das StAF zufrieden zeigte.

Das StAF hat am 21. September 2018 die Jahrestagung der Gemeindearchive organisiert und empfangen, an der alle Verantwortlichen der Kantonsarchive für die Beziehungen zu den Gemeinden zusammenkommen. Viele unterschiedliche Themen kamen zur Sprache und 19 Personen nahmen an der Tagung teil.

4.3.7 Wissenschaftliche Arbeiten und kulturelle Aktivitäten

Das StAF hat zum 6. Mal an der Nacht der Museen in Freiburg teilgenommen, die am 26. Mai 2018 stattfand. Das vielfältige Programm hat gegen 630 Besucherinnen und Besucher angezogen.

Das Editionsprojekt der Freiburger Hexenprozesse (15. – 18. Jh.) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Rechtsquellenstiftung (SSRQ) wird fortgeführt. Die Transkription und Kodierung der Prozessunterlagen in die Sprache XML-TEI kommen voran und die ersten Transkriptionen erscheinen Anfang 2019 auf der Internetseite der

SSRQ. Mit dem Team des waadtländischen Editionsprojekts von Hexenprozessen (Universität Lausanne und SSRQ) hat eine Zusammenarbeit begonnen.

Zum Abschluss der Feierlichkeiten rund um die 500-Jahrfeier des Ewigen Friedens von Freiburg von 1516 wurde die Veröffentlichung des Bandes *Après Marignan. La paix perpétuelle entre la France et la Suisse* (Lausanne: Société d'histoire de la Suisse romande, 2018, 685 S.) erwartet. Das Werk, an dem das StAF wesentlich mitgewirkt hat, wurde in der Schweizer Botschaft in Paris am 6. Juni und im StAF am 26. September 2018 dem Publikum vorgestellt.

Das StAF hat, zusammen mit der Universität Freiburg und der Direktion für Gesundheit und Soziales (Opferberatungsstelle), zwei Studientage zu den fürsorglichen Zwangsmassnahmen vor 1981 organisiert, die am 28. und 29. September 2018 in Freiburg stattfanden. Diese zwei Tage ermöglichten es Vertretern der Opfer, Verantwortliche, die am Wiedergutmachungsprozess beteiligt waren, und Forscher zusammenzubringen. Die interessanten Diskussionen zeigten, wie äusserst sensibel diese Fragestellungen sind und wie gross das Interesse der Öffentlichkeit für diese Fragen ist (mehr als 100 Teilnehmende).

Das StAF beteiligte sich am 30. Geburtstag von Radio Fribourg / Radio Freiburg, indem es den Journalisten jeden Monat eine Auswahl an wichtigen Ereignissen aus dem Jahr 1988 lieferte; diese waren die Grundlage für eine wöchentliche Chronik des Gründungsjahres des Regionalsenders.

Mitarbeiter des StAF haben Kurse an den Universitäten von Bern und Freiburg gegeben. Das StAF arbeitet eng mit den Museen und Bibliotheken des Kantons sowie mit den Kultur-, Geschichts- und Genealogievereinen zusammen.

5 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Annette Zunzer Raemy (bis 30.06.2018), dann Martine Stoffel (seit 01.09.2018)

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Alice Reichmuth Pfammatter

5.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu den Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Juni herausgegeben. Er kann bei der Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz, Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg, bestellt werden. Er kann ausserdem zu demselben Zeitpunkt auf der Website <http://www.fr.ch/atprd/de/pub/oeffentlichkeitsprinzip/publikationen/taetigkeitsberichte.htm> eingesehen werden.

6 Kantonale Ombudsstelle (Omb)

Kantonaler Mediator: Philippe Vallat

Stellvertreterin: Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Martine Stoffel

6.1 Tätigkeit

Mit seiner Tätigkeit soll der kantonale Mediator den Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Beziehungen zu den Behörden helfen und bei Streitfällen als Vermittler dienen, die Präventionen und die einvernehmliche Lösung der Konflikte zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern fördern, die Behörden ermutigen, ein gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, zu einem besseren Funktionieren der Behörden beitragen und den Behörden unbegründete Vorwürfe ersparen. Die Tätigkeit wird im Ombudsgesetz vom 25. Juni 2015 (OmbG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht des kantonalen Mediators wird im Verlauf des Frühlings herausgegeben. Er kann zum selben Zeitpunkt auf der Website <https://www.fr.ch/med> eingesehen werden.

7 Personalbestand

Gewalten - Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2018 VZÄ	Rechnung 2017 VZÄ	Unterschied e VZÄ
Ausführende Gewalt – Staatskanzlei	53,46	51,48	1,98
Zentrale Verwaltung	53,46	51,48	1,98
3100 / CETA Staatsrat	6,91	7,00	-0,09
3105 / CHAN Staatskanzlei	21,20	19,73	1,47
3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material	11,07	10,60	0,47
3115 / OLEG Amt für Gesetzgebung	5,37	5,25	0,12
3118/AREF Staatsarchiv	6,67	6,60	0,07
3120 / ATPD Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,24	2,30	-0,06